

59/J XXI.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Haupt, Gaugg, Haller
an die Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales
betreffend politischer Gesinnungsterror im Arbeitsmarktservice

Die Anfragesteller wurden davon informiert, daß in den Geschäftsstellen des AMS Wien vor der Anti - Rassismus - Demonstration am 12. November 1999 schriftliche Solidaritätserklärungen der Mitarbeiter gesammelt und die Namen der unterschreibenden Mitarbeiter in einer Liste vermerkt worden sein sollen. Es besteht die naheliegende Befürchtung unter den Mitarbeitern des AMS, daß diese Liste künftig dazu benützt wird, Mitarbeiter, die darauf nicht aufscheinen und daher keine Solidaritätsunterschrift geleistet haben bei Entscheidungen etwa über ihre weitere berufliche Karriere zu benachteiligen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an die Frau Bundesministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales die nachstehende

Anfrage:

1. Ist es richtig, daß in den Geschäftsstellen des Arbeitsmarktservice Wien schriftliche Solidaritätserklärungen der Mitarbeiter mit den Zielen der Anti - Rassismus - Demonstration vom 12. November 1999 gesammelt wurden?
2. Von wem ging die Initiative zu dieser Aktion aus? Wurde sie vom Landesgeschäftsführer des Arbeitsmarktservice Wien oder vom Vorstand der Bundesgeschäftsstelle gutgeheißen, genehmigt oder sonstwie unterstützt?
3. In welcher Form wurden die Erklärungen der Mitarbeiter gesammelt? Wem waren und sind insbesondere die Unterschriften oder andere Listen über die Mitarbeiter zugänglich, die eine derartige Solidaritätserklärung abgegeben bzw. nicht geleistet haben?
4. Können Sie ausschließen, daß es aufgrund der geleisteten oder verweigerten Unterstützung für die Ziele der Demonstration vom 12. November 1999 zur einer Bevorzugung oder Benachteiligung von Mitarbeitern kommen wird?
5. Sind ähnliche Unterschriftenlisten auch in anderen Geschäftsstellen gesammelt worden?
6. Gab es vergleichbare Initiativen bei den Arbeiterkammern oder Sozialversicherungsträgern oder in dem Bundesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales direkt unterstellten Dienststellen? Wenn ja, wo und in welcher Form?

7. Ist es Ihres Erachtens mit der zumindest theoretisch parteipolitisch unabhängigen Stellung des Arbeitsmarktservice (oder auch der Arbeiterkammern oder Sozialversicherungsträger) vereinbar, wenn in einer derartigen Institution Gesinnungsdruck auf Mitarbeiter durch das Sammeln von Unterstützungserklärungen für politische Anliegen ausgeübt wird?
8. Welche Maßnahmen werden Sie setzen, damit künftig auf Mitarbeiter des Arbeitsmarktservice, aber auch anderer Institutionen kein politischer Druck in dieser Form mehr ausgeübt werden kann?
9. Welche Möglichkeiten gibt es für die Mitarbeiter, einem derartigen parteipolitischen Mobbing zu entgehen bzw. negative Folgen für ihre Berufslaufbahn zu verhindern?